

Österreichische Schule

Freispruch für den Zins

Zinskritik auf dem Prüfstand:
Ein Parforceritt durch ein ungeliebtes Phänomen



Zentraler Preis

Der Zins ist einer der zentralen Preise der Marktwirtschaft. Er koordiniert Sparer und Investoren, signalisiert Knappheit über die Zeit und bildet die Grundlage rationaler Kapitalverwendung. Ludwig von Mises hat klar herausgearbeitet: Ohne die freie Herausbildung des Zinses (natürlicher Zins) ist eine vernünftige Kapitalrechnung nicht möglich, und ohne vernünftige Kapitalrechnung gibt es keinen dauerhaften Wohlstand. Dennoch ist der Zins seit Jahrhunderten Zielscheibe moralischer Entrüstung, politischer Agitation und ökonomischer Missverständnisse. Vom mittelalterlichen Zinsverbot über Marx bis zu Silvio Gesell und den Nationalsozialisten – die Galerie der Zinskritiker ist bunt und ideologisch wenig zimperlich.

„Arbeitsloses Einkommen“ – die Moralkeule

Die älteste und emotionalste Kritik lautet: Kapitalbesitzer kassieren, ohne zu arbeiten. Tatsächlich ist Zins jedoch die Entlohnung für drei reale Leistungen: verzögerter Konsum, Risikoübernahme und Liquiditätsverzicht. Wer spart, gibt Kaufkraft aus der Hand, nimmt das Ausfallrisiko auf sich und verzichtet auf die unmittelbare Verfügbarkeit. Das ist keine passive Haltung, sondern ein wirtschaftlicher Beitrag. Eugen von Böhm-Bawerk hat dies herausgearbeitet: Zins ist die Prämie für produktive Umwege. Wer Ressourcen für längere, kapitalintensive Produktionsprozesse bereitstellt, ermög-

licht einen Mehrertrag, an dem er durch den Zins beteiligt wird. Ohne diese Beteiligung würde kaum jemand freiwillig auf Konsum verzichten – die Kapitalbildung käme zum Erliegen. Besonders aufschlussreich ist das Versagen des Null- und Negativzinsexperiments der Notenbanken: Sparen wurde mit einer Strafe belegt, was Fehlinvestitionen anheizte und Blasen bei Immobilien und Aktien produzierte.

„Reiche werden reicher“ – pseudointellektuell verbrämter Neid

Der zweite Einwand ist sozialpolitischer Natur: Zins fließe vor allem den Reichen zu, die Armen trügen ihn über einkalkulierte Preise, und so wirke er als unsichtbarer Umverteilungsmechanismus von unten nach oben. Dieses Bild ist auf ganzer Linie falsch. Vermögende Haushalte parken ihr Kapital keineswegs bevorzugt in Zinsanlagen – deren reale Rendite nach Inflation und Steuern war nämlich in den vergangenen Jahren regelmäßig negativ. Reiche investieren überwiegend unternehmerisch: in Eigenkapital, Aktien, Immobilien und Risikobeteiligungen, wo der Ertrag aus Wertschöpfung entsteht, nicht aus passivem Zinsbezug. Umgekehrt sind es gerade die Bezieher mittlerer Einkommen und Sparer, die Zinsanlagen nutzen. Für sie ist ein funktionierender Zins keine Bedrohung, sondern eine der wenigen Möglichkeiten, Ersparnisse real zu erhalten. Wer den Zins politisch drückt, schadet exakt dieser Gruppe. Der eigentliche Treiber

von Vermögensungleichheit ist das unternehmerische Risiko – wer es eingeht, kann mehr Erfolg haben. Den Zins dafür haftbar zu machen, ist ein klassischer Denkfehler.

„Zinsknechtschaft“ – ökonomische Analphabeten

Besonders düster wurde die Zinskritik dort, wo sie ideologisch eskalierte. Gottfried Feder, einer der frühen NSDAP-Ideologen, machte die „Brechung der Zinsknechtschaft“ zum Programmpunkt und verknüpfte den Zins mit dem Geraune über „jüdische Finanzmacht“. Hitler übernahm diese Rhetorik ins Parteiprogramm. Die wirtschaftliche Realität des NS-Staates sah dann freilich anders aus: Zinsen wurden weiterbezahlt – für Aufrüstung, Autarkie und schließlich Krieg. Die versprochene Befreiung vom Zins war eine Lüge, der Kollaps unvermeidlich. Von Mises hatte diese Entwicklung früh analysiert: Zinsabschaffung bedeutet die Zerstörung funktionierender Kapitalmärkte. Die Unmöglichkeit rationaler Wirtschaftsrechnung führt unvermeidlich zur Staatslenkungswirtschaft – mit Totalitarismus und Verelendung als Folge.

„Machtmittel der Geldhalter“ – Gesell, der ewige Geselle

Silvio Gesell, der Erfinder des „Freigelds“, argumentierte auf anderem Wege: Geldhalter könnten den Wirtschaftskreislauf erpressen, indem sie Liquidität zurückhalten

und dadurch einen Zinstitribut erzwingen. Die Lösung: sogenanntes Schwundgeld, das Hortung unattraktiv macht und den Umlauf beschleunigt. Tatsächlich ist die Geldhaltung aber kein Akt der Gier, sondern ein Signal realer Knappheit und Unsicherheit. Wer im Abschwung Liquidität hält, schützt sich vor unabwägbaren Risiken – das ist rational, nicht parasitär. Von Mises betonte, dass die Zeitpräferenz eine anthropologische Konstante ist: Sie lässt sich nicht wegkonstruieren, nur verzerren.

„Das Wunder von Wörgl“ – Mythos und Wirklichkeit

Das bekannteste Praxisbeispiel der Gesell-Anhänger ist das Wörgler Freigeldexperiment von 1932. Inmitten der Weltwirtschaftskrise druckte Bürgermeister Michael Unterguggenberger Arbeitsbestätigungen, die den Schilling ergänzten und monatlich um 1% an Wert verloren. Die Arbeitslosenquote sank dramatisch, Straßen wurden gebaut, Steuern flossen. Die Freigeldbewegung feiert dies bis heute als Beweis gegen Zins und Sparen. Doch die Sache hat mehrere Haken. Erstens hatte es mit freiwilliger Interaktion wenig zu tun; Annahmepflicht und Steuerzahlung in Lokalwährung erzwangen den Umlauf. Zweitens war das System parasitär im stabilen Schilling geankert: Preise und Ersparnisse blieben an das nationale Geld gekoppelt, der echte Kapitalpeicher blieb außerhalb des Experiments. Drittens – und das ist entscheidend – schafft der beschleunigte Geldumlauf keinen echten Wohlstand; der entsteht durch Kapitalakkumulation, also durch Sparen und Investieren in langfristige Produktionsstrukturen. Erzwungenes Ausgeben zerstört genau diese Planungsgrundlage. Hayek entlarvte dies als illusionäre Scheinkonjunktur: Umlauf ohne Substanz. Das

Verbot der österreichischen Nationalbank beendete das Experiment im Jahr 1933.

„Der Josephspfennig“ – Strohmännchen ohne Realitätsbezug

Ein beliebtes rhetorisches Mittel der Zinskritiker ist der Josephspfennig, ein Pfennig, der zu Christi Geburt angelegt und seitdem zu 6% verzinst inzwischen ein Gewicht in Gold angehäuft hätte, welches ein Vielfaches der Erdmasse übersteigen würde. Der Schluss lautet: Zinseszins sei physikalisch unmöglich, also eine systemische Absurdität. Tatsächlich ist das Gedankenexperiment ohne ökonomischen Gehalt. Es ignoriert konsequent alles, was in 2.000 Jahren tatsächlich passiert: Steuern, Inflation, Staatsbankrotte, Kriege, Währungsreformen, Kreditausfälle, politische Enteignungen. Kein Geldsystem hat zwei Jahrtausende überdauert, und kein Schuldner hätte diese Zinslast über diesen Zeitraum bedient.

„Böser Zinseszins“ und armer Staat

Es gibt allerdings einen Schuldner, bei dem der Zinseszins tatsächlich zum strukturellen Problem wird: den Staat. Private Haushalte stoßen an Insolvenzzgrenzen, Unternehmen an den Wettbewerb. Staaten hingegen können Schulden fast endlos prolongieren: Neue Kredite tilgen alte Zinsen, die ihrerseits wieder verzinst werden – ein Mechanismus, der in demokratischen Systemen kaum politischen Widerstand findet, solange die Märkte mitziehen. Das eigentliche Korrektiv – der Staatsbankrott – wird von Zentralbanken und supranationalen Institutionen systematisch verhindert, was den Markt aushebelt, den Moral Hazard befeuert und die Schulden auf künftige Generationen verschiebt. Dabei ist der Staatsbankrott kein Unfall, sondern die

notwendige Medizin. Er diszipliniert Schuldner und Gläubiger gleichermaßen, erzwingt Haushaltsdisziplin und bereinigt akkumulierte Fehlallokationen. Nicht der Zinseszins ist das Problem, sondern politische Verantwortungslosigkeit und der untaugliche Versuch, deren Konsequenzen in eine ferne Zukunft zu verschieben.

„Wachstumszwang durch Zins“ – ein Missverständnis

Ein ökologisch gefärbter Einwand lautet, die Schuldner müssten die Zinslast stets aus dem Wirtschaftskreislauf herauswirtschaften, was zu ewiger Expansion zwingt. Das klingt plausibel, verwechselt aber den individuellen Schuldner mit der Gesamtwirtschaft. Der individuelle Kreditnehmer muss tatsächlich den Zins erwirtschaften, sonst geht er bankrott. Das übersetzt sich aber nicht in einen systemischen Zwang zum Gesamtwachstum. Vielmehr ist es ein Selektionsmechanismus: Wer mit Fremdkapital weniger als den Zins erwirtschaftet, scheidet aus (geht also pleite). Was tatsächlich Wachstumszwang und wirtschaftliche Instabilität erzeugt, ist paradoxerweise die künstliche Drückung des Zinses. Kapital erscheint dann günstiger, als es in Wahrheit ist, und es werden mehr Projekte begonnen, als für deren Fertigstellung Kapital vorhanden ist.

Fazit

Die Zinskritik ist fast so alt wie der Zins selbst. Dabei werden die Auswüchse des Fiatgelds oft dem Zins zugeschrieben, der ohne anhaltende Notenbankmanipulationen tatsächlich eine wohlfördernde Rolle bei der Koordination von Spar- und Investitionstätigkeit leisten könnte.

Ralph Malisch

